

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse Tageszeitung

Verlagsdruckerei: Amt Dresden Nr. 31307  
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Mfg. Deutsche Kreditbank, Blasewitz  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaften Dresden-Albst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden,  
sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnig, Dobritz, Laubegast.

Er erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld;  
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—;  
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz  
Mittwoch, 22. September 1920.

Anzeigen-Preis: die Spaltenbreite Grundzeile oder deren Raum  
1.— Mark, im Tertiale die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und  
schwierigen Satz 50% Zuschlag.  
Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

## Dr. Stresemann über Simon, Genf und die auswärtige Politik.

In der Politischen Umschau im letzten Heft der „Deutschen Stimmen“ (Staatspolitische Verlag, Berlin SW, 48) äußert sich Abgeordneter Dr. Stresemann auch über die auswärtige Politik. Wir geben diese Ausführungen, die im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz besonders wichtig sind, im folgenden wieder:

Gewiß hat sich der Außenminister in der öffentlichen Meinung sehr geschadet durch seine Vorkprechung der außerordentlichen Taten der bolschewistischen Regierung und durch das unglückliche Interview, das die Berliner Nationalzeitung veröffentlichte und das, wie sich herausstellte, in fast allen Einzelheiten unrichtig war. Die Wertung der Persönlichkeit des Außenministers darf aber nicht hiervon abhängig sein. Es kommt darauf an, ob die Grundlinien seiner Politik richtig sind. Man sieht in einzelnen Kreisen den Außenminister als einen passivistischen Demokratien anzusehen, der zudem mit dem Sozialismus und dem Sozialismus, die-angeht. Nun paßt der Außenminister überhaupt nicht in das Schema irgendeiner Partei hinein. Man kann nur aus seiner politischen Entwicklung selbst auf seine Gesinnung schließen und in dieser Beziehung muß daran erinnert werden, daß der Kampf um der Versailler Frieden sich doch zwischen Simon und Brodorsky-Ransau auf der einen Seite und Stresemann auf der anderen Seite abgepielt hat. Weder Simon noch Brodorsky-Ransau waren gewillt, sich den französischen Friedensbedingungen zu beugen. Simon ist in Kenntnis seiner Wandelbarkeit aus dem Reichsdienst ausgeschieden und hat eine ihm nach seinem Auscheiden angetragene Gesandtschaftsstellung in der Türkei abgelehnt, was dem Bemerkens wertigsten, daß er nicht die Absicht habe, aus der Hand einer Regierung, die den Versailler Frieden angenommen habe, diese Stellung entgegenzunehmen. Heute steht er vor dem Volk, die durch diesen Frieden hervorgerufene politische Schwäche Deutschlands als eine Last, die in seine Politik einbezogen zu müssen und damit die Folgen für eine Wandlungsweise zu tragen, der er selbst einig mit allen Kräften widerstrebt hat. Falsch aber ist es, aus diesen Tatsachen, die er vorgezogen hat, Schlüsse auf seine Gesinnung zu ziehen, die so deutlich in Verfallenen von ihm selbst dokumentiert worden ist.

Eine weitere Neuerung, die in unserer Zeit erregbar ist zur Bildung mancher abweichenden Urteile die Grundlage abgeben hat, war die Schweizfahrt des Ministers in der Zeit großer politischer Spannungen. Dieser Vorwurf ist besonders falsch. Selbst wenn diese Reise eine Erholungsreise gewesen wäre, war sie berechtigt. Es gibt viele Beamte und Offiziere, die sich dessen rühmen, daß sie während des Weltkrieges überhaupt keinen oder nur einen Urlaub von wenigen Tagen genommen hätten. Mich dünkt, daß manches Unheil in der Kriegszeit vermieden worden wäre, wenn die Träger hoher Verantwortung nicht in einem Zustand nervöser Arbeitsüberreizung hineingekommen wären; England, das von allen Staaten der Welt die beste Politik treibt, hat die Abwechslung zwischen beruflicher Arbeit und einem Ausruhen des Körpers und Geistes als Tradition bewahrt und damit ein Beispiel von Diplomaten herangezogen, das bis zur Gegenwart in seiner vollen Beurteilung aller Dinge als Vorbild dienen kann. Auch für die Außenpolitik gilt das Wort: „Auch nicht in Versehen mag ich sinnlos Ungeheim.“ Sinnloses Ungeheim ist es aber, in politisch-erregten Zeiten die Lösung wichtiger Probleme dadurch zu erschweren, daß der Außenminister nach Berlin eilt, zumal man bei der Art, in der heute das Reichskabinett arbeitet und in der Art, in der Minister sich verpflichtet fühlen, in Dingen von größter Wichtigkeit und Konferenzen und Konferenzen Rede und Antwort zu geben, beinahe den Tag aufstellen könnte, daß es in wichtigen Momenten notwendig wäre, daß die Minister sich von der Reichshauptstadt entfernen, um in wirklicher Ruhe und Ungehindertheit die politische Lage beraten zu können. Im übrigen sollten diejenigen, die nur von der Urlaubsreise des Ministers Simon sprechen, sich einmal die Frage vorlegen, ob sie wissen, daß diese Reise nur eine Urlaubsreise gewesen ist und ob es auch nicht in unserer heutigen Zeit der Öffentlichkeit nach Dinge zwischen Himmel und Erde gibt, von denen die Presse nichts oder Unzutreffendes berichtet. Die Art und Weise, alle Weisheiten nur durch den Spiegel einer oft sensationellen Tagespresse zu leben und sich daraus ein Bild der Welt zu machen, droht überhaupt zu einer politischen Verwirrung und zu einer Oberflächlichkeit der Betrachtungsweise zu führen, die einer wirklichen politischen Arbeit nur abträglich sein kann.

Inzwischen ist die außenpolitische Situation durch das Fortdrängen der Polen und durch die Vorgänge in Oberschlesien in ein neues Stadium getreten. Hier steht die Kritik ein, indem sie der Regierung Unfähigkeit in der obersten politischen Frage und eine zu weitgehende Nachgiebigkeit in den Versailler Forderungen vorwirft. Der erste Vorwurf scheint mir einen Kern der Berechtigung in sich zu tragen, den zweiten vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Das Wichtigste sind die Vorgänge in Oberschlesien selbst, nicht ihr Reiz in der schließlichen Hauptstadt. Von gut unterrichteter Seite verläßt, daß die Regierung über die polnischen Bestrebungen in Oberschlesien und über die Art des polnischen Vordringens unterrichtet gewesen ist. Wenn das zutrifft, hat sie ein schweres Versehen dadurch auf sich geladen, daß sie nicht rechtzeitig in voller Öffentlichkeit auf diese Absicht Polens hingewiesen und damit die Position verhärtet hat, die sie später gebrauchen zu können. Es wäre auch notwendig gewesen, daß Vertreter der Reichsregierung sich nach diesen Vorkommnissen nach Breslau begeben und an Ort und Stelle mit den Blä-

tingen verhandelt, von ihnen einen persönlichen Eindruck über die Vorgänge erhalten und das Deutschtum durch eine Demonstration in der schließlichen Hauptstadt mindestens moralisch in der tatkräftigen Weise gestärkt hätten, wenn sie schon durch die Bedingungen der Versailler Friedens nicht in der Lage waren, mehr als diese moralische Hilfe zu leisten. Würde auf diese Weise ein Konnex zwischen der Regierung und Oberschlesien geschaffen worden, dann brauchte man sich später nicht darüber zu beklagen, daß die Parteiführer mit Korruption ein Abkommen schloßen, das dem Deutschtum nach Ansicht der Regierung zum Schaden gereichte.

(Schluß folgt.)

## Noch keine Lösung der Kabinettskrise.

Bisher ist die verworrene Lage, welche durch die Demission des Finanzministers im Reichskabinett hervorgerufen ist, noch nicht geklärt worden und dürfte dies auch nicht eher geschehen, als bis der Reichspräsident wieder in Berlin einetroffen ist. Dies dürfte heute geschehen. Inzwischen sind natürlich eine Anzahl Gerüchte in der Luft, welche unkontrollierbar sind. Wir verzeichnen folgende Meldungen aus Berlin: Der Reichsanwalt und Reichsjustizminister Heine soll, wie die „Voll. Na.“ hört demnach zum Gesandten in Bulgarien ernannt werden. Sein Ausscheiden aus dem Reichskabinett steht nicht im Zusammenhang mit der augenblicklichen Krise im Reich und mit der Frage der Regierungsbildung. Die rumänische Regierung habe bereits ihren neuen Gesandten für Berlin ernannt. Die deutsche Gesandtschaft in Bukarest müsse jetzt nach der vollzogenen Ratifizierung des Friedensvertrages durch die rumänische Kammer und die Regierung bald befehligt werden. Heine sei mit den Verhältnissen auf dem Balkan vertraut von seiner Tätigkeit von Konstantinopel her, wo er als Organisator des türkischen Aufstandes tätig gewesen ist. Das Amt des Reichsanwalts, das der Deutschen Volkspartei vorbehalten bleiben soll, soll dem Reichsjustizminister Scholz übertragen werden. Das Reichsjustizministerium soll wieder mit einem Mitglied der Deutschen Volkspartei besetzt werden.

Der „Volksanwähler“, der die Gerüchte auch wiederholt, führt sie darauf zurück, daß Dr. Heine, wie Eingeweihten seit langem bekannt sei, eine Verwendung in der Diplomatie anstrebe, ein Bestreben, das auch die Sympathie seiner Partei genieße. Daß diese Angelegenheit jetzt in irgendein aktuelles Stadium eingetreten sein sollte, sei unwahrscheinlich.

Die „Taal. Rundschau“ bringt dieses Gerücht in einen Zusammenhang mit den letzten Erörterungen über die Vorbereitung der Regierungsbasis durch die Vereinnahmung der Sozialdemokratie. Was davon das letztere anbelangt, so hätten die Debatten mit der Sozialdemokratie klar ergeben, daß die Wehrheitssozialdemokratie für die Vereinnahmung in die jetzige Reichsregierung nicht mehr in Frage kommen kann. Auch der Eintritt der Sozialdemokratie durch Ausschiffung der Deutschen Volkspartei aus der Regierung komme nicht in Frage, da die beiden anderen Regierungsparteien, die Demokratische Partei und das Zentrum, nicht gesonnen seien, die Deutsche Volkspartei preiszugeben. So schreibt der Abgeordnete am Sonntag in der „Magdeburger Zeitung“: Die Deutsche Volkspartei solle darauf rechnen, daß die beiden anderen Regierungsparteien mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl sich keineswegs bereitfinden würden, sie auf einen Wind der Sozialdemokratie zu beschließen. Mitin sei die Frage, meint die „Rundschau“, ob eine Verbreiterung der Regierungsbasis eintreten soll, als erledigt zu betrachten. Die Möglichkeit der Ernennung Heines zum Gesandten in Bulgarien ist etwa vor einem halben Jahre erörtert worden, seitdem aber nicht mehr. Jetzt entbehren die bezüglichen Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage.

Berlin, 20. September. Die Krise im Reichsfinanzministerium gilt als beigelegt. Es wird als ziemlich sicher bezeichnet, daß die Differenzen zwischen Reichsfinanzminister Dr. Wirth und einigen anderen Mitgliedern des Kabinetts ausgeglichen werden, ohne daß ein Wechsel im Reichskabinett eintreten wird.

Berlin, 20. September. In der Frage des Rücktritts des Reichsanwalts Dr. Heine erfahren wir von ausländischer Seite, daß an Regierungskreise bis jetzt von einem derartigen Entschluß Dr. Heines nichts bekannt ist. Auch eine parteiamtliche Äußerung der Deutschen Volkspartei in dieser Angelegenheit liegt noch nicht vor.

## Die Lage im Osten.

Trotz aller Dementis der Sowjetregierung scheint in Rußland die Lage doch nicht so ruhig zu sein, wie behauptet wird. Das meldet z. B. aus Moskau: Wegen antibolschewistischer Bewegungen hat die Sowjetregierung über sämtliche russischen Gouvernements den Belagerungszustand verhängt. In den Hauptstädten von 20 Gouvernements wurden revolutionäre Volksgesetze erlassen, die bei gegenrevolutionären Auffständen standrechtliche Urteile ansprechen. In dem Moskauer Militärbezirk haben die Antibolschewisten zahlreiche Waffen- und Munitionsdepots in Brand gesetzt.

Im übrigen liegen nachstehende Meldungen vor:  
Moskau, 20. September. Der russische Heeresbericht vom 19. d. Mts. besagt: Im Abschnitt Kobron werden hartnäckige Kämpfe mit wechselnden Erfolgen fortgeführt, wobei wir Maschinengewehre erbeuteten. Im Abschnitt Kowno finden blutige Kämpfe mit dem vordringenden Feinde statt. Im Abschnitt Dubno kämpfen unsere Truppen tapfer mit dem Feinde, der nordwestlich von Dubno vorrückt. Der nächste Satz, der sich auf Tarnopol bezieht, ist verheimlicht. Im Krimgbiet und im Abschnitt Dretow dauern die Kämpfe mit der feindlichen Artillerie an.

Warschau, 20. September. Der polnische Generalstabbericht vom 19. d. Mts. meldet, daß die Polen bei der Verfolgung des Feindes nach schweren Kämpfen die Orte Aniatum, Trembowla, Ciesem, Tarnopol und Zwoda genommen haben. Polnischen Abteilungen gelang es auch, Dubno zu besetzen. In der Richtung auf Kowno wurde eine bolschewistische Abteilung auf Kowno verdrängt. Sehr bedeutende feindliche Kräfte werden am Njemen und an der Sozara zusammengezogen. Westlich von Zehn verharren die Wiener ihre Stellungen. Heute früh besetzten die polnischen Patrouillen Marolin in der Nähe des Weichen Zeeo.

Kowno, 20. September. (Wettliche Zeitung. Agentur.) Audliche Bürger Polens stehen idarenewe über die litauische Grenze, um vor den polnischen Indemverloren und einer rückwärtslosen Mobilisation Zaus zu haben. Die litauische Regierung wird dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Polen versetzt.

Paris, 20. September. Das polnische Pressebureau meldet: Die vereinbarten polnisch-ukrainischen Streitkräfte haben den allgemeinen Vormarsch in Wolynien fortgesetzt. Die russischen Truppen der Armee Rubjennis sind erneut geschlagen und weichen auf der ganzen Linie zwischen Lwow und Schitomir. Der polnische Generalstab beachtet den weiteren Sieg über die Russen. Die bolschewistischen Kräfte sind nördlich von Lwow zurückgedrängt worden. Die besetzten Plätze von Dubno und Kowno werden von der polnischen Artillerie beschossen. Die roten Truppen befinden sich teilweise auf einem stückartigen Rückzug nach den Ostpolen.

Warschau, 20. September. Das Blatt „Glas“ veröffentlicht eine Mitteilung, nach der die polnischen Friedensbedingungen unter anderem folgendes verlangen: 1. Im Augenblick des Abchlusses des Waffenstillstandes bleiben die beiden Armeen in den Stellungen, die sie augenblicklich besetzt haben. 2. Die Grenzlinie für die Grenzen ist die Grenze der zweiten Teilung (1918). Die Gebiete westlich dieser Linie fallen an Polen oder Litauen.

Warschau, 20. September. Zur Unterbindung der Illusionen der polnischen Niederlage bei der großen Bolschewistenoffensive ist von der polnischen Heeresleitung ein besonderes Militärgericht eingesetzt worden. Man erwartet bei der Unterbindung sensationelle Enthüllungen.

## Politische Nachrichten.

### Die Neue der Elässer.

Das, was man zwischen den Zeilen in der elbisch-löhringischen Presse lesen konnte, ist jetzt jedem kund und offenbar geworden: Die Elässer bereuen! Dem früheren leidenschaftlich begeisterten Franzosenfreunde Prietzer sagt in diese zu späte Reue zuerst gekommen: „Wo man blindlings Enttäuschungen, Klagen, Unzufriedenheit. Das allgemeine Mißvergnügen ist weit größer, als es in der Landespresse zum Ausdruck kommt. An die Stelle der früheren Volksrechte trat ein Beamtenabsolutismus, wie ihn nie ein Staatssekretär oder Staatsrat, selbst der Kaiser nicht gebendacht hätte. Und dieser Absolutismus häuften, nachdem er sich von den elbisch-löhringischen Abgeordneten losgelöst und jeder Kontrolle durch die Volksvertretung entzogen hatte, Mißgriff auf Mißgriff im Schutzwesen, in der Beamtenpolitik, in der Sprachpolitik, in allen Zweigen der Verwaltung. Man hätte durch den Friedensvertrag Garantien zur Beibehaltung des Status quo auf kirchenpolitischem Gebiet, auf Besitzhaltung des Status quo auf sozialpolitischem Gebiet, auf dem Schulgebiet, auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung, der Beamten- und Verwaltungsfragen setzen lassen sollen, die ein für allemal den Konfliktstoff ausgeschaltet oder doch vermindert hätten, diese Garantien hätten Wert gehabt, während die Verträge, die man uns gab, sich leider als wertlos erwiesen haben.“ Soweit Dr. Hago in einem Artikel „Wie es möglich war?“ Die von französischer Seite besonders auf dem Schulgebiet zurzeit mit tyrannischen Maßnahmen voranzugelen wird, das geht aus einem Artikel Hagos hervor, in dem er dem bisherigen Leiter des Schulwesens in Dörselitz, dem von Kollmar nach Oran verlegten Schulrat Danper einen Nachruf widmet: „Mit ihm scheidet ein Mann“, so lesen wir da u. a., „der dem Ansehen Frankreichs in unserem Lande unbeschreiblichen Schaden zugefügt“. Danper verwechelte Elässer Vorbringen mit einem störenden Kolonialgebiet“. Sein erstes war, daß er sämtliche Schulinspektoren des Bezirks auf die Straße warf. Die besten Stellen sind für die Franzosen „reserviert“, nach diesem Grundsatze befehlet Danper sämtliche Schulstellen, die Hauptlehrer von Markisch, Rappoltsmeyer, Rühmen, Bühl, Mann, Günsingen, Niedermorischmeyer, der Mittelschulen von St. Martin und Kasamünster, ohne von Kollmar und Rühlhausen zu sprechen. Aus Innerfranken. Danper hat auch das System der Doppelstellen eingeführt, so gab er einem im Dienste erfahrenen Hauptlehrer einer städtischen Volksschule einen jungen Kondirektor bei, der nicht einmal die unterste Prüfung gemacht hatte. Die ganze Verwaltungspraxis des scheidenden „Inspektors Academie“ mußte in die Wehrerschaft eine Stimmung tragen, die sich schließlich im Schulstreit Luft machte. Danper hat die Schulen mit religionslosen Lehrern durchsetzt und dadurch ihrem konfessionellen Charakter einen Stoß gegeben, der tödliche Wirkungen für sie zu haben drohte. Er hatte 14 Mitarbeiter, während sein deutscher Vorgänger das Schulwesen des Bezirks mit zwei Gehilfen leitete!“

### Poincarés Rede gegen Genf.

Poincaré erklärt im „Matin“, daß Frankreich nicht nach Genf gehen werde. Die Erfahrungen in Spa hätten gezeigt. Man hätte sich diese ersparen können, dürfte sich aber freuen, daß die Deutschen nicht mehr auf einer Konferenz die Mittel in ihren Anschauungen trennen könnten, und daß sie infolgedessen nicht mehr eine Überbiegung der zu zahlenden Entschädigung verlangen würden. Frankreich werde sich bloß an den Friedensvertrag von Versailles halten und dessen